

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Forstwirtschaft als öffentliche Aufgabe

Oliver Malchow im Interview
GdP-Vorsitzender
zur Tarifrunde 2014

GEW-Aufruf an die Länder
Vorsorge für Lehrkräfte-
nachwuchs treffen

Teilzeitbeschäftigung
Was es zu beachten gilt

Ausgabe 02 20.02.2014
www.beamten-magazin.de



¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Nur bei Sollzinsbindung von 10 Jahren
³⁾ Zwischen 1 % und 5 % p. a. bezogen auf das Ursprungsdarlehen
(bei tilgungsfreier Anlaufzeit nur zwischen 2 % und 5 % p. a.)

**Informieren Sie sich
jetzt über unsere
aktuellen Konditionen!**

Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen¹⁾

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ Sie haben die Wahl zwischen einer Sollzinsbindung von 5, 8 oder 10 Jahren
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich²⁾
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich²⁾³⁾
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Persönliche Beratung durch Ihren BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst

Jetzt informieren:

www.bezuegekonto.de oder
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

INHALT

Titel

Förster und Försterin
Ein Beruf mit Vergangenheit,
eine Berufung mit Zukunft 4

Aus dem Bund 6

Interview

GdP-Vorsitzender Oliver Malchow
zur Tarifrunde 2014 8

Aus den Ländern 10

Aus den Gewerkschaften

GEW: Vorsorge für Lehrkräfte-
nachwuchs treffen 15

Service

Teilzeitbeschäftigung
Was es zu beachten gilt 17

Vermischtes 18

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack
Redaktion: Lisa Kranz, Andrea Schmid, Henriette Schwarz
Titelbild: Landesforsten Rheinland-Pfalz / Herrmann Dörre
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE
Öffentlicher Dienst/Beamte, Uwe Tillmann, 1. Industriestr.
1–3, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Telefax:
0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de,
www.beamten-magazin.de
Erscheinungsweise: monatlich im 21. Jahrgang
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

**Lisa Kranz**

Politische Referentin,
Abteilung Beamte und
Öffentlicher Dienst beim
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der aktuellen Ausgabe des Magazins wollen wir den Blick auf Tätigkeiten lenken, die für unsere Gesellschaft wichtig und nützlich sind, deren Bekanntheitsgrad aber meist gering ist. Oder anders formuliert, bei denen man nicht gleich an die „typische“ Aufgabe einer Beamtin oder eines Beamten denkt. Wenn das politische Tagesgeschehen Raum dafür lässt, wollen wir dies fortsetzen. In diesem Heft steht der Forstdienst im Mittelpunkt. Försterinnen und Förster sorgen nicht nur dafür, dass die Waldhoheit der Länder nicht verletzt wird und die Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden. Ihre Arbeit trägt auch maßgeblich zum Natur- und Artenschutz bei. Und sie erbringen gerade in der heutigen Zeit eine wertvolle pädagogische Leistung, wenn sie Kindern Tiere und Pflanzen näher bringen und die Natur zum Erfahrungsraum machen.

Zwei weitere Themen gilt es diesmal in den Fokus zu nehmen. Zum einen berichten wir über die Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der im März beginnenden Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Da sich an das Tarifergebnis immer auch die Besoldungsrunde für die Beamtinnen und Beamten des Bundes anschließt, wird uns das Thema in den kommenden Ausgaben begleiten. Oliver Malchow, der Vorsitzende der GdP, erläutert im Interview seine Positionen hinsichtlich der Tarif- und Besoldungsrunde. Zum anderen greifen wir den Aufruf der GEW an die Länder auf, hinsichtlich eines enormen Anstiegs altersbedingter Pensionierungen einen ausreichenden Nachwuchs an Lehrkräften zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

Förster und Försterin

Ein Beruf mit Vergangenheit, eine Berufung mit Zukunft

Personalabbau und damit größere Forstreviere, steigender Altersdurchschnitt der Beschäftigten, wachsender Arbeitsdruck: Auch der Forstdienst ist nicht vor aktuellen Entwicklungen, wie sie im gesamten öffentlichen Dienst stattfinden, gefeit. Zugleich bietet er eine Besonderheit. Der staatliche Wald ist auf Grund des Rohstoffs Holz ein Wirtschaftsfaktor. Försterinnen und Förster kümmern sich um den Wald, betreiben zudem Natur- und Artenschutz und sorgen dafür, dass der Wald von Bürgerinnen und Bürgern als Erholungsraum genutzt werden kann. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte stellt den Beruf näher vor.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu einem Drittel mit Wald bedeckt. Die unglaubliche Fläche von 11,1 Millionen Hektar befindet sich zu etwas mehr als 53 Prozent in öffentlichem Besitz von Ländern, Kommunen und Bund, 47 Prozent in Privatbesitz. Diese Waldflächen werden von ca. 10.000 Försterinnen und Förstern aller Laufbahnen im Innen- und Außendienst betreut, geschützt, entwickelt, bewirtschaftet und verwaltet. Eine ebensogroße Herausforderung wie Verantwortung, schließlich betreut jede Försterin, jeder Förster rechnerisch die Waldfläche für etwa 8.000 Menschen.

Professionalisierung der Forstwirtschaft

Bereits im 15. Jahrhundert waren die Wälder Europas durch unkontrollierte Rodung, Nutzung und Raubbau bedroht, der Bedarf an Bauholz, Brennholz (Köhlerholz) und Freiflächen für Ackerland war riesig, Regeln zum Erhalt der Wälder gab es nicht. Um diesem Dilemma zu entgehen und die Wälder als Rohstofflieferant und Jagdfläche zu erhalten, gab es erste Bemühungen dem entgegenzuwirken. Ganze Waldflächen wurden gesperrt, die Nutzung begrenzt und Regeln unterworfen. Bis zum Jahre 1713 erfolgte das mal mehr und mal weniger, eigentlich eher sporadisch. Freiherr Hans Carl von Carlowitz hat 1713 den Begriff der Nachhaltigkeit definiert: Es darf nur soviel Holz geschlagen werden wie nachwächst. Dabei hat

die Nutzung so zu erfolgen, dass der Boden seine Leistungskraft behält. Ab 1740 hat sich dadurch der Beruf des Försters etabliert, die geregelte Forstwirtschaft wurde ins Leben gerufen. Aus Eichenbindern, Heidereitern und Heideläufern wurden Förster, die in Forstämtern und in Forstrevieren ganzheitliche Verantwortung übernommen haben. Ein System das im Grundsatz bis heute Bestand hat, auch wenn die Versuchung wieder mehr Ressourcen aus den Wäldern herauszuholen, auch diesbezüglich immer wieder zu Diskussionen führt. Der Begriff der Nachhaltigkeit und seine Definition ist aktuell in aller Munde; ein Evergreen.

Wächter der Waldhoheit

Die Aufgaben der Försterinnen und Förster sind vielschichtig und unterscheiden sich je nachdem wo und für welche Besitzart sie tätig werden und in welcher Laufbahn sie sich befinden. Die Waldhoheit liegt bei den Ländern, ihre staatlichen Forstämter setzen als untere Naturschutzbehörden die einschlägigen Gesetze um, in dem sie ihre Einhaltung überwachen und Verstöße gegebenenfalls ahnden. Diese hoheitlichen Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich auch auf Kommunal-, Bundes- und Privatwald. Die Försterinnen und Förster der Staatsforstverwaltungen legen deshalb nach dem Studium Laufbahnprüfungen ab und werden verbeamtet. Eine Besonderheit in der



Foto: Landesforsten Rheinland-Pfalz /
Markus Hoffmann

Forstbranche ist das Forstwirtschaftsjahr, das sich an der Vegetationsperiode ausrichtet. Es beginnt am 1. Oktober und endet am 31. September des Folgejahres. Daran orientiert sich die Jahres- und Arbeitsplanung eines Forstbeamten.

Von Holzernte bis Natur- und Artenschutz

Der Arbeitsalltag eines Durchschnittsförsters im Staatsdienst könnte sich folgendermaßen abspielen. Arbeitsbeginn am Dienstag dem 1. Oktober 2013 um 7:00 Uhr. Die Einschlags-saison beginnt, die Waldarbeitergruppe, bestehend aus vier Forstwirten, muss für die erste Hiebsmaßnahme des Forstwirtschaftsjahres eingewiesen werden und ihren Arbeitsauftrag erhalten. Dafür werden im Büro die erforderlichen Unterlagen zusammengestellt und der Arbeitsauftrag vorbereitet. Die Abfahrt am Forstdienstgehöft zur 6 Kilometer entfernten Waldabteilung 624 A 3 erfolgt um 7:40 Uhr um rechtzeitig zum vereinbarten Zeitpunkt vor Ort zu sein. Pünktlich um 8:00 Uhr begrüßt man sich und kommt zur Sache. Der Förster stimmt die Waldarbeiter auf den ersten Holzeinschlag des neuen Forstwirtschaftsjahres ein, erklärt wie viele Holzerntemaßnahmen (Schläge) diesem folgen sollen und wie viel Holz und welche Sortimente bis zum kommenden Frühjahr geschlagen werden sollen. Dann wird eine allgemeine Belehrung zur Arbeitssicherheit durchgeführt mit besonderem Augenmerk auf den aktuellen Arbeitsauftrag. Safty first ist die Devise. Ferner werden die Forstwirte zur Gesundheitsprävention dazu motiviert, die eine oder andere Gymnastikübung in den Arbeitsablauf einzubauen, um einseitiger Belastung durch Zwangshaltung entgegenzuwirken. Dann werden die notwendigen Absperr- und Verkehrssicherungsmaßnahmen besprochen, die Arbeitsverfahren, die Fällrichtung und die herzustellenden Sortimente festgelegt und all dies im Arbeitsauftrag vermerkt. Nach Unterschrift des Arbeitsauftrages geht es, inzwischen ist es 11:00 Uhr, zurück zur Försterei. Der Anrufbeantworter blinkt, das Forstamt erwartet einen Rückruf. Der Büroleiter teilt mit, dass sich für den nächsten Tag um 10:00 Uhr die Firma „Axt im Walde“ zur Holzwerbung in der Abteilung 634 B 5 angesagt hat und darum bittet eingewiesen zu werden. Ferner lässt der Vorsteher fragen, warum schon wieder keine Herbstpflanzung durchgeführt wird und

ob und warum Frühjahrspflanzung geplant sei. Die Aussagen würden schnellst möglich gebraucht um die Ausschreibungen vorzubereiten. Dann hätte ein besorgter Bürger angerufen der einen privaten Waldbesitzer bezichtigt, einen unerlaubten Kahlhieb durchzuführen. Das ist unverzüglich zu überprüfen. Um 15:00 Uhr sagt sich ein Jagdgast an der einen Damhirsch schießen will, er muss geführt werden. Dieser Arbeitstag endet gegen 19:00 Uhr mit der Erkenntnis, dass der Privatwaldbesitzer seinen gesetzlichen Spielraum zwar voll ausschöpft aber nicht überschritten hat, der Jagdgast, weil noch nicht zum Schuss gekommen, morgen früh um 6:00 Uhr wieder auf der Matte steht und auch sonst noch genügend Aufgaben zu erledigen und zu erwarten sind.

Der Forstdienst: vielseitig und dynamisch

Schon die Schilderung dieses einen Arbeitstages zeigt, welche Vielfalt und welche Dynamik in diesem Beruf steckt und dass geregelte Arbeitszeiten eher die Ausnahme darstellen. Dabei sind an diesem Tag wesentliche Aufgaben in Natur- und Artenschutz, Forstschutz und Öffentlichkeitsarbeit sowie viele andere Fachbereiche noch gar nicht vorgekommen. Kurzum ein Beruf, der viele Talente voraussetzt, der sehr abwechslungsreich sein kann und der Idealismus und Herzblut erfordert. Studieren kann man an den Universitäten in Dresden, Freiburg, Göttingen und München sowie an den Fachhochschulen in Göttingen, Eberswalde, Rottenburg, Schwarzburg und Weihenstephan. Im gehobenen Forstdienst bewegen sich die Bezüge im Rahmen von A 10 bis A 13 im höheren Forstdienst von A 13 bis A 16, je nach Aufgabe.

Klaus Ullrich

Mitglied in der Bundeskommission für Beamtinnen und Beamte des DGB für die IG BAU

Informationen zur IG BAU als Interessenvertretung der Beschäftigten in Forst- und Naturschutz und den gewerkschaftlichen Positionen sind zu finden unter:
www.igbau.de/Forstwirtschaft_und_Naturschutz.html

Bund

Tarifrunde Bund und Kommunen 2014

Im März 2014 beginnt die Tarifrunde für die rund 2,2 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Am 11. Februar 2014 haben die Gewerkschaften des DGB beschlossen, mit welchen Forderungen sie in die Verhandlungen gehen wollen. Die Ausgangslage scheint günstig: Die Steuereinnahmen des Bundes betragen laut Bundesfinanzministerium im Jahr 2013 rund 260 Milliarden Euro. Die Gemeinden kamen allein durch Einkommensteuer, Abgeltungssteuer und Steuern vom Umsatz auf rund 35 Milliarden Euro. Dennoch wiegelt die Arbeitgeber-

seite bereits im Vorfeld der Verhandlungen ab und droht mit einer Privatisierungswelle in den klammen Kommunen. Den Verweis auf die diffizilen Haushaltslagen lassen die Gewerkschaften nicht als Argument gelten. Die verfehlte Steuerpolitik dürfe nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Schließlich liege die Entwicklung der Tarifgehälter im öffentlichen Dienst hinter der der Gesamtwirtschaft zurück. Zudem können sich die öffentlichen Arbeitgeber angesichts der bestehenden Nachwuchsprobleme keine Fortsetzung der Sparpolitik leisten, so die Gewerkschaften. Konkret fordern ver.di, GdP und GEW unter anderem die Erhöhung der Entgelte um 100 Euro plus 3,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie 30 Tage Erholungsurlaub für alle.

chenstunden thematisieren zu wollen. Die Tarifverhandlungen mit der Bundesregierung und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände beginnen am 13. März 2014 in Potsdam und werden am 20./21. März sowie am 31. März/1. April fortgeführt.

Staat verzeichnet Rekord bei Steuereinnahmen

Bund und Länder haben im vergangenen Jahr 570,21 Milliarden Euro und damit im Vergleich zu 2012 3,3 Prozent mehr an Steuern eingenommen. Gründe sind unter anderem höhere Unternehmensgewinne, ein Anstieg des Lohnsteueraufkommens um gut sechs Prozent sowie ein Zuwachs aus der Erbschaftsteuer. Allerdings machen die Autoren einer Auswertung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Katja Rietzler und Prof. Dr. Achim Truger darauf aufmerksam, dass Einnahmezuwächse außerhalb wirtschaftlicher Krisenphasen eine Selbstverständlichkeit seien und so genannte Rekord-Meldungen deshalb leicht in die Irre führen könnten. Aussagekräftiger als die langfristige Normalentwicklung seien die Ausnahmezeiträume, die sich zuletzt häuften: Alle fünf Jahre, in denen die Einnahmen zurückgingen, lagen zwischen 1996 und 2009, drei davon nach der Jahrtau-



Die Gewerkschaften verkünden die Forderungen für die Tarifrunde 2014, in der der Tarifabschluss für die Beschäftigten von Bund und Kommunen ausgehandelt wird. Von links nach rechts: Andreas Gehrke (GEW), Frank Bsirske (ver.di), Klaus Dauderstädt (dbb), Willi Russ (dbb) und Oliver Malchow (GdP). Foto: Holeczek/GdP

Der DGB, der im Anschluss an die Tarifrunde auf eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die BundesbeamtInnen einschließlich der BeamtInnen der Postnachfolgeunternehmen, SoldatInnen, RichterInnen sowie der VersorgungsempfängerInnen hinwirken wird, hat bereits angekündigt, auch die Angleichung der Wochenarbeitszeit auf das Tarifniveau von 39 Wo-



DGB

Das RentenPlus

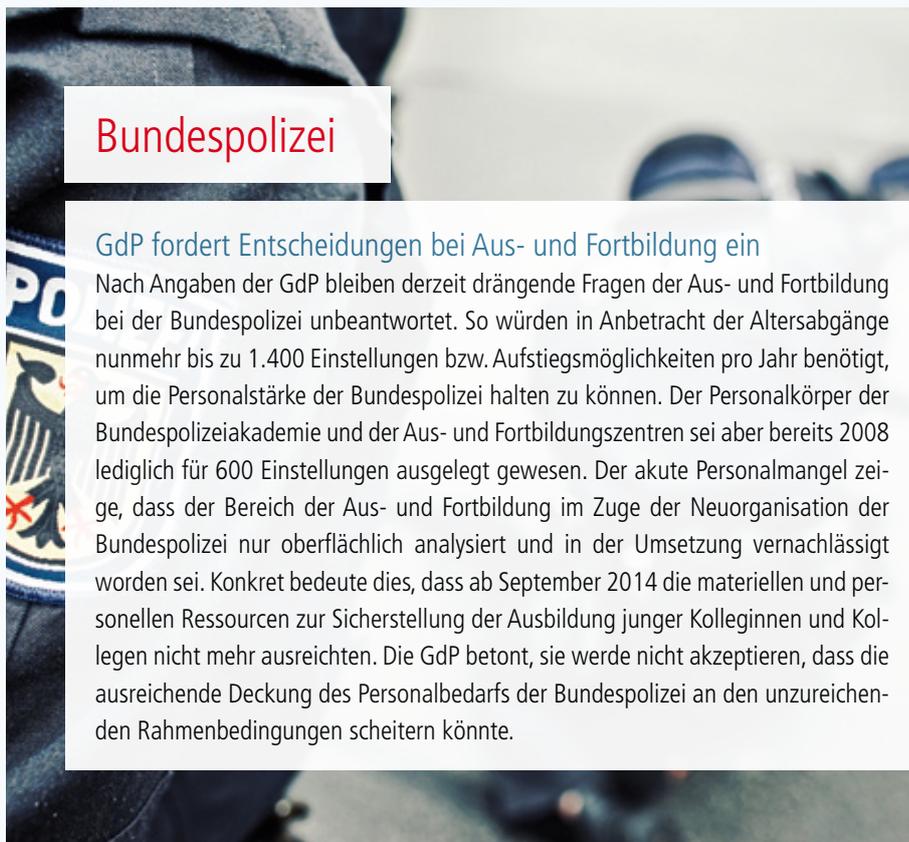
Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

www.das-rentenplus.de



sendwende. Rietzler und Truger erklären diese Häufung durch die Kombination aus wirtschaftlichen Schwächephasen und kräftigen Steuersenkungen, die seit 1999 vor allem die Bezieher höherer Einkommen, Unternehmen und Vermögende entlastet hätten. „Die Steuersenkungen haben die staatliche Finanzierungsbasis stark geschwächt“, sagt Rietzler. Das geht nach Analysen des IMK und anderer Institute vor allem zu Lasten der Investitionen. Die von der Großen Koalition beschlossenen zusätzlichen Mittel für Investitionen – knapp 12 Milliarden Euro in vier Jahren – reichten nach Einschätzung des IMK längst nicht aus, um den Rückstand aufzuholen. Anstatt auf höhere Einnahmen zu hoffen, befürwortet das IMK gezielte Steuererhöhungen bei hohen Einkommen und Vermögen. Diese kämen auch Ländern und Kommunen zugute. Da rund die Hälfte der staatlichen Investitionen von Städten und Gemeinden getätigt würden, könnte Deutschland so auch seine öffentliche Infrastruktur modernisieren.



Bundespolizei

GdP fordert Entscheidungen bei Aus- und Fortbildung ein

Nach Angaben der GdP bleiben derzeit drängende Fragen der Aus- und Fortbildung bei der Bundespolizei unbeantwortet. So würden in Anbetracht der Altersabgänge nunmehr bis zu 1.400 Einstellungen bzw. Aufstiegsmöglichkeiten pro Jahr benötigt, um die Personalstärke der Bundespolizei halten zu können. Der Personalkörper der Bundespolizeiakademie und der Aus- und Fortbildungszentren sei aber bereits 2008 lediglich für 600 Einstellungen ausgelegt gewesen. Der akute Personalmangel zeige, dass der Bereich der Aus- und Fortbildung im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei nur oberflächlich analysiert und in der Umsetzung vernachlässigt worden sei. Konkret bedeute dies, dass ab September 2014 die materiellen und personellen Ressourcen zur Sicherstellung der Ausbildung junger Kolleginnen und Kollegen nicht mehr ausreichen. Die GdP betont, sie werde nicht akzeptieren, dass die ausreichende Deckung des Personalbedarfs der Bundespolizei an den unzureichenden Rahmenbedingungen scheitern könnte.

Foto: Bundespolizei

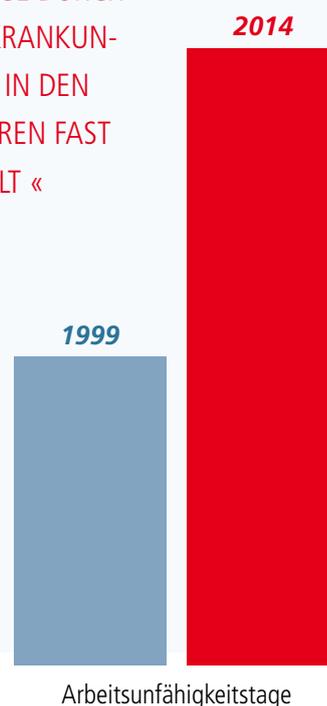
Bahn

Pilotprojekt zur Psychischen Gefährdungsbeurteilung

Psychische Erkrankungen nehmen immer mehr zu. Auch der Arbeitgeber Bahn verzeichnet eine entsprechende Entwicklung. So hat sich der Anteil der Arbeitsunfähigkeitstage durch psychische Erkrankungen in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt. Angesichts dieses Anstiegs hatten die EVG und der Konzernbetriebsrat im vergangenen Jahr ein Pilotprojekt zur Durchführung psychischer Gefährdungsbeurteilungen am Arbeitsplatz angeregt. Grundlage dafür war eine Handlungshilfe vom Verband Deutscher Verkehrsbetriebe (VDV). Ziel des VDV-Verfahrens ist es, den Verantwortlichen die entsprechende Handlungssicherheit zu geben, um besondere Belastungen zu erkennen und geeignete Maßnahmen abzuleiten. Zwar liegt die Verantwortung für die Gefährdungsbeurteilung beim Arbeitgeber, wichtiger Baustein des VDV-Verfahrens ist jedoch der gemeinsame Konsens zwischen Interessenvertretern, Sicherheitsfachkräften und Betriebsärzten in der Bewertung und Maßnahmenableitung. Seit Au-

gust 2013 sind nun fünf Unternehmensbereiche der Bahn – DB Fernverkehr AG, DB Schenker Rail, DB Netz AG, DB Systel und DB Station & Service – in einem Projekt involviert. Die EVG teilt jetzt mit, diese hätten die Handlungshilfe vor Ort angewendet und seien mit dieser zu einem überwiegend positiven Abschluss gekommen. Die stellvertretende EVG-Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba begrüßt das Projekt ausdrücklich: „Psychische Belastungen gehen uns alle an und es kann jeden von uns treffen. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass sich nun auch die Arbeitgeber mit psychischer Belastung entsprechend befassen. Die EVG hat das Jahr 2014 zum Jahr der Gesundheit ausgerufen. Unsere Gewerkschaft wird sich weiterhin aktiv dafür einsetzen, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die die Menschen nicht krank werden lassen.“

» DER ANTEIL DER ARBEITSUNFÄHIGKEITSTAGE DURCH PSYCHISCHE ERKRANKUNGEN HAT SICH IN DEN LETZTEN 15 JAHREN FAST VERDOPPELT «





Keine Entscheidungen nach Gutsherrenart

Am 11. Februar haben ver.di, GdP und GEW ihre Forderungen für die Tarifrunde 2014 bekannt gegeben. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen geht es dabei um mehr Gehalt. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes stellt sich dann wieder die Frage, ob und wie das Tarifergebnis auf ihre Besoldung übertragen wird. Zu den Details haben wir den Vorsitzenden der GdP, **Oliver Malchow**, befragt.

magazin // Ab März verhandeln die Gewerkschaften mit dem Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) über einen neuen Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. Wie lauten die Forderungen der GdP?

Oliver Malchow // Die Gewerkschaft der Polizei führt die Verhandlungen gemeinsam mit ver.di und der GEW. Daher gibt es auch nur eine gemeinsame Forderung. Natürlich haben wir unsere eigene Beschlusslage der Großen Tarifkommission. Die fließt dann aber als eine Stimme in der gemeinsamen Sitzung der Bundestarifkommission ver.di mit ein. Ab da wird gemeinsam verhandelt und wenn nötig, gekämpft.

Unsere Forderungen lauten im Wesentlichen:

1. Die Tabellenentgelte werden um einen Grundbetrag von 100 Euro sowie um 3,5 Prozent erhöht.
2. Die Entgelte der Auszubildenden werden um 100 Euro monatlich erhöht.
3. Die Laufzeit soll 12 Monate nicht übersteigen.
4. Die Ergebnisse sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen übertragen werden.

Zudem soll die Dauer des Erholungsurlaubs für alle Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden altersunabhängig einheitlich 30 Arbeitstage betragen.

magazin // Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen des Bundes ist eine vielversprechende Ausgangsbasis für die Tarifverhandlungen. Wie groß ist die Sorge, dass die Verhandlungen auf Grund der schwierigen finanziellen Situation vieler Kommunen dennoch zäh werden könnten?

Oliver Malchow // Es hat sich schon in den letzten Tarifverhandlungen gezeigt, dass der Arbeitgeberverband von Bund und VKA in vielen Fragen auseinanderliegt, unabhängig von den Steuereinnahmen. Insofern rechnen wir auch diesmal mit Diskussionen innerhalb des Arbeitgeberlagers.

magazin // Die GdP vertritt sowohl die Interessen der Tarifbeschäftigten als auch der Beamtinnen und Beamten der Polizei. Üblicherweise fordern die Gewerkschaften nach der Tarifeinigung die Übertragung auf die Besoldung. Brennen der GdP in dieser Besoldungsrunde noch weitere Themen auf den Nägeln?

Oliver Malchow // Zur Besoldung gehört auch das Zulagenwesen. Hier gibt es seit Langem Defizite: Die schleichende Entwertung der nicht dynamisierten, oft seit Jahrzehnten gleich „hohen“ Zulagenbeträge ist nur ein Beispiel dafür. Weitere sind die abgeschaffte Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen. Auch die Tatsache, dass manche Zulagen (Beispiel: Wechselschichtdienstzulage) auf moderne bedarfsorientierte Schicht-

dienstmodelle nicht anzuwenden sind und daher der nötigen Flexibilisierung der Arbeitszeit im Wege stehen. Aber auch die Absenkung der Eingangsbesoldung in mehreren Bundesländern muss endlich zurückgenommen werden. Sonst errichtet die Politik selbst zunehmende Barrieren gegenüber der erforderlichen Einstellung von zahlenmäßig und qualitativ ausreichenden Nachwuchskräften für den öffentlichen Dienst. Dies schadet letztlich der Versorgung der Bevölkerung mit so elementaren Gütern wie Sicherheit und Bildung.

magazin // Das Prinzip „Besoldung folgt Tarif“ ist spätestens seit der Besoldungsrunde der Länder im vergangenen Jahr ausgehebelt, da viele Länder das Tarifergebnis nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung übertragen haben. Welche Konsequenzen hat das für die gewerkschaftliche Arbeit?

Oliver Malchow // Die Tendenz in einzelnen Bundesländern, sowohl den Zeitpunkt als auch die Höhe der Besoldung abweichend vom Tarifergebnis zu übernehmen, führt zu einem weiteren erheblichen Auseinanderdriften und die vorhandenen Defizite in der Besoldung und Versorgung werden noch größer. Die Forderung der GdP, dass Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und die

Versorgungsempfänger zu übertragen, hat jedoch für die Besoldungsrunde 2013 deutlich werden lassen, dass die Politik die Forderung von DGB und GdP „Verhandeln statt verordnen“ vollkommen ignoriert. Stattdessen wird nach Gutsherrenart entschieden. Wen wundert's, dass die Beamten keine Bittsteller mehr sein wollen und ihr Protest immer lauter wird. Es ist an der Zeit, dass wir uns gewerkschaftlich aufstellen und unsere Forderungen nach einem echten Verhandlungs- und Vertragsrecht, auch bei den Besoldungsstrukturen, gemeinsam vertreten und durchsetzen.

Oliver Malchow

Jahrgang 1963, ist seit 1983 im Polizeidienst. Er war unter anderem Ausbilder und Fachlehrer sowie Leiter der Kriminalpolizei-stelle Kiel. Bevor er im Mai 2013 zum Bundesvorsitzenden der GdP gewählt wurde, war er Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und Vorsitzender des Landesbezirks Schleswig-Holstein.

www.DeutscherPersonalraete-Preis.de

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2014

Machen Sie mit!

Sichern Sie sich die Anerkennung Ihrer Personalratsarbeit.

Eine Initiative der Zeitschrift
Der Personalrat
Personalrecht im öffentlichen Dienst

Einladung
Ihre Teilnahme zählt!

Mit dem Deutschen Personalräte-Preis 2014 sollen »Initiativen für Beschäftigte« ausgezeichnet werden. Denn Personalräte können selbst die Initiative ergreifen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Als Personalrat sind Sie herzlich eingeladen, mit dabei zu sein. Melden Sie Ihre Initiative, Ihr Projekt ganz einfach an auf www.dprp.de

Mehr Infos und einfache Anmeldung auf www.dprp.de

In Kooperation mit **HUK-COBURG** Aus Tradition günstig **FORUM**

Sanatorium DR. HOLLER



Sanatorium Dr. Holler
mit dem ganzheitlichen Ansatz...

„Weil wir den Menschen ganzheitlich sehen, behandeln wir ihn auch so“, nach diesem Leitmotto erfolgt die Behandlung und Betreuung im Sanatorium Dr. Holler.

Das kompetente Ärzte-Team und die bestens geschulten, langjährig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nehmen sich im Sanatorium Dr. Holler viel Zeit, um auf die persönlichen Wünsche der Gäste einzugehen. Für jeden Gast wird ein individueller Behandlungsplan erstellt, der, je nach Indikation, modernste Schulmedizin, homöopathische oder naturheilkundliche Behandlungsverfahren, beinhaltet.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.sanatorium-holler.de

Baden-Württemberg

Personalentwicklungsplan 2020

Im Herbst 2013 stellte die Landesregierung den „Personalentwicklungsplan 2020“ vor: ein Paket von Anreizen, das den öffentlichen Dienst für Nachwuchskräfte attraktiver machen soll. Die DGB-Gewerkschaften begrüßten dieses Zeichen angesichts der Altersstruktur in der Landesverwaltung und den Sparopfern, die Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten jahrelang abgefordert wurden. Zugleich betonte der DGB, ein Zuschlag für die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei kontraproduktiv. Wer die Altersstruktur in der Landesverwaltung verjüngen wolle, müsse das Geld anders investieren. Die Landesregierung müsse sich fragen lassen, wie eine moderne Personalpolitik mit gleichzeitigen Sparvorhaben, die im sogenannten Finanzplan 2020 zu finden sind, in Einklang gebracht werden solle. Angesichts eines Gesprächsangebots der SPD-Landtagsfraktion im letzten Jahr über ein „Paket zur Stärkung des öffentlichen Dienstes“, mahnt der DGB, diesem jetzt endlich nachzukommen.

Bayern

GEW: Gemeinsam gegen Stellenstreichungen

Im Januar hatte die Bayerische Staatsregierung angekündigt, erstmals seit Jahren Lehrerstellen streichen zu wollen. Die Rede war von bis zu 830. Der daraufhin gemeinsam von GEW, der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrverbände und des Bayerischen

Lehrer- und Lehrerinnenverbandes organisierte Pro-

test zeigt nun offenbar Wirkung. In einer Resolution forderten sie ein politisches

Umdenken, um den Bildungsstandort Bayern in der gewohnt guten Qualität zu erhalten und dem Bildungsauftrag

der Schulen ausreichend nachkommen zu können. Ein Sparprogramm würde die eigenen Vorgaben der Landesregierung, den Inklusionsprozess weiterzuentwickeln, Ganztagsangebote auszubauen und die individuelle Förderung von Schülern zu gewährleisten, konterkarieren. Die CSU verkündete daraufhin, bis 2018 vorerst keine Stellen einsparen zu wollen.

Berlin

Zu wenig Auszubildende im Landesdienst

Trotz so genannter Ausbildungsoffensiven bleiben zu viele der vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze unbesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 2013 etwa 190 Auszubildende weniger im Berliner Landesdienst. Der Bedarf an jungem, qualifiziertem Personal bleibt zwar unverändert hoch,

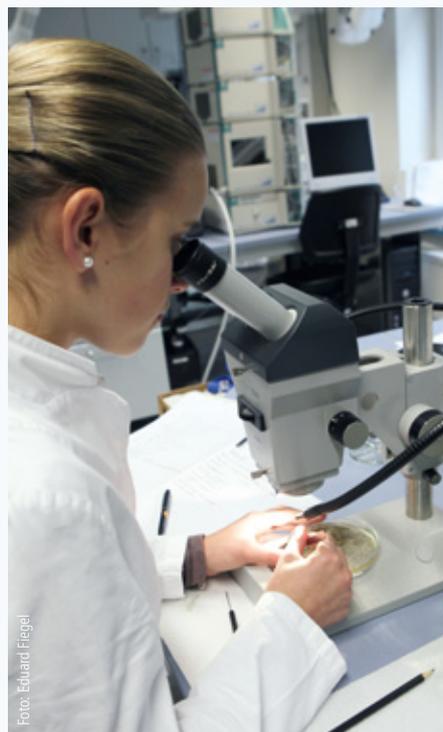


Foto: Eduard Fiegel

aber oft heißt es, es seien keine passenden Bewerberinnen und Bewerber gefunden worden. Der Hauptgrund hierfür bliebe jedoch unbeachtet, so Ines Rohde, Vorsitzende der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV): „Es fehlt an einem landesweiten, attraktiven Ausbildungsmarketing. Viele Schülerinnen und Schüler wissen gar nicht, dass sie beim Land Berlin eine Ausbildung machen können.“ Die

HJAV fordert daher das Abgeordnetenhaus sowie den Senat auf, notwendige Mittel für Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität einer Ausbildung beim Land zur Verfügung zu stellen.

Brandenburg

GdP fordert Korrektur der Polizeireform

Die rot-rote Landesregierung korrigiert die Zielzahl 2020 der Planstellen in der Polizei von 7.000 auf mindestens 7.800. Hintergrund ist die Polizeireform 2012, zu der auch Stellenstreichungen gehören. Die GdP gibt sich damit aber nicht zufrieden. Vielmehr fordert sie eine kritische Strukturdebatte und hebt Fehleinschätzungen als Ausgangspunkt der Reform hervor. So hätten sich Prognosen zum Rückgang der Kriminalität auf Grund demografischer Veränderungen nicht bewahrheitet. Stattdessen seien die Zahlen bei Grenzkriminalität, Wohnungstageseintrüben und Autodiebstählen drastisch gestiegen. „Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb jährliche Neueinstellungen 300 plus, beginnend ab 2014.“, so Andreas Schuster, Landesbezirksvorsitzender der GdP. Er betonte, Schwerpunkt für die GdP sei auch die Sicherung der Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung in der Fläche. Positiv bewertet die GdP, dass die Prävention einen neuen Stellenwert erhalten soll. So werden die Planstellen in dem Bereich von 50 auf 120 korrigiert.

Bremen

Erfahrungstufen lösen Besoldungsdienstalter ab

Das Land Bremen hat sein Besoldungsrecht geändert. Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 ist die dienstliche Erfahrung Grundlage für die Bestimmung des Grundgehalts und des Stufenaufstiegs. Damit werden das Besoldungsdienstalter der Beamtinnen und Beamten bzw. das Besoldungslebensalter der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte abgelöst. Für die am 31. Dezember 2013 vorhandenen Beschäftigten kommt es in Folge der Rechtsänderung und



der betragsmäßigen Überleitung in die neuen Grundgehaltstabellen nicht zu finanziellen Nachteilen. Die weiteren Stufenaufstiege in den neuen Grundgehaltstabellen werden zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem sie auch nach bisherigem Recht erfolgt wären. Es findet keine nachträgliche Berechnung und Festsetzung von Erfahrungszeiten statt. Die ab 1. Januar 2014 neu eingestellten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden der Anfangsgrundgehaltsstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe zugeordnet. Die erstmalige Stufenfestsetzung erfolgt durch Verwaltungsakt, und soweit Erfahrungszeiten vor der Einstellung in das Beamten- oder Richterverhältnis vorliegen, können diese zu einem höheren Stufeneinstieg führen.

Hamburg

10 Millionen Euro für die Landespolizei

Nach intensiven Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD-Mehrheitsfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie in öffentlichen Gesprächsrunden, hat die GdP einen wegweisenden Durchbruch für die Zukunftsfähigkeit der Hamburger Polizei erzielt. Mit Blick auf die problematische Situation, in der sich die Landespolizei sowohl in personeller als auch in technischer Hinsicht befindet, hat der Senat die Bereitstellung von 10 Millionen Euro entschieden. Die GdP begrüßt diesen Kurswechsel der Politik ausdrücklich, denn hier komme die geforderte Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen auch materiell zum Ausdruck. Wie die Mittel im Einzelnen eingesetzt werden, soll in den nun anstehenden Gesprächen und Verhandlungen geklärt werden.

Hessen

DGB weist Forderung nach Besoldungsdeckelung zurück

Die schwarz-grüne Landesregierung bekommt für ihre umstrittenen Plänen zur Beamtenbesoldung, die vorsehen, die Gehälter der 95.000 hessischen Beamtinnen und Beamten ab Mit-

te 2016 nur um ein Prozent pro Jahr anzuheben, Unterstützung aus der Wirtschaft. Ohne diese Deckelung scheitere die Schuldenbremse, sagte der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), Volker Fasbender. Der Defizitabbau werde nur gelingen, wenn die Personalkosten spürbar begrenzt würden. Diese Forderung weist der DGB-Bezirksvorsitzende Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, vehement zurück und macht zudem deutlich, dass die VhU nicht für die Beamtinnen und Beamte zuständig sei. „Die Aussage Fasbenders, es gäbe kein Recht auf hohe Gehaltssteigerungen, suggeriert, dass es auch kein Recht auf faire Tarifverhandlungen gibt. Überflüssig zu erläutern, dass er damit völlig daneben liegt.“ Dagegen sei das Land von Verfassung wegen verpflichtet, unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Unterhalt zu gewähren. Das impliziere zwar nicht eine zwingende Steigerung, jedoch die Pflicht zu prüfen, so Körzell weiter.

Mecklenburg-Vorpommern

GEW: Freie Referendariatsstellen besetzen

Ende Januar ernannte Bildungsminister Matthias Brodkorb (SPD) in Rostock 185 Referendarinnen und Referendare für den Schuldienst zu Beamtinnen und Beamten auf Widerruf. 70 Stellen blieben nach Angaben des Ministeri-

» DER BILDUNGSMINISTER
MUSS ERKLÄREN, WIE ES DAZU
KOMMEN KONNTE «

ums allerdings unbesetzt. Deshalb fordert Annett Lindner, Landesvorsitzende der GEW: „Der Bildungsminister muss erklären, wie es dazu kommen konnte. Zumal laut den Zahlen des Ministeriums für mindestens 35 Stellen durchaus geeignete Bewerbungen vorgelegen haben.“ Angesichts des Lehrermangels und langer Wartelisten nach dem ersten Staatsexamen sei es unverständlich, dass diese Stellen bis August unbesetzt bleiben sollen. Um eine



Foto: fotolia.de/contrastwerkstatt

Abwanderung in andere Bundesländer trotz Einführung der Verbeamtung zu verhindern, fordert die GEW seit langem ein transparentes Vergabeverfahren mit verlässlichen Fristen, das Planungssicherheit für Berufsstarter gewährleistet.

Niedersachsen

ver.di für Reform des Personalvertretungsgesetzes

ver.di hat sich zum Ziel gesetzt, das niedersächsische Personalvertretungsgesetz bis Mitte des Jahres zu verbessern. Bei einem Treffen von ver.di-Personalräten aus über 40 niedersächsischen Kommunen in Hannover berichtete Martina Dierßen, ver.di-Justiziarin, von konstruktiven Gesprächen mit dem Innenministerium. Die gewerkschaftlichen Forderungen zum Ausbau der Mitbestimmung seien grundsätzlich positiv aufgenommen worden. „Wir müssen auch in wichtigen Fragen wie Privatisierung oder Ausgliederung von Dienststellen mitbestimmen können“, sagte Andre Feind, Personalratsvorsitzender aus Hildesheim. Mögliche Bedenken der Landesregierung wollen die Personalräte offensiv ausräumen und Gespräche mit den Abgeordneten vor Ort führen.

Nordrhein-Westfalen

GdP fordert 1:1 Abgeltung der Bereitschaftszeiten

Nachdem in Gesprächen mit Innenminister Ralf Jäger (SPD) keine Einigung über die Frage der Vergütung von Bereitschaftszeiten für Polizistinnen und Polizisten in geschlossenen Einsätzen erzielt werden konnte, wird die GdP Musterverfahren gegen das Land anstrengen. Die GdP fordert, dass in Nordrhein-Westfalen – genauso wie in Niedersachsen – Bereitschaftszeiten aus geschlossenen Einsätzen im Rahmen von Castor-Transporten für die Jahre 2005 bis 2011 rückwirkend eins zu eins als Freizeit vergütet werden und darüber hinaus zukünftig diese Vergütung für länderübergreifende geschlossene Einsätze generell festgeschrieben wird. Damit betroffene Beamtinnen und Beamten von dem angestrebten Musterverfahren profitieren, müssen sie auch in Zukunft bei jedem länderübergreifenden geschlossenen Einsatz eine entsprechende Abgeltung der geleisteten Bereitschaftszeiten geltend machen. Musteranträge will die GdP kurzfristig zur Verfügung stellen. Innenminister Jäger hat erklärt, dass er die Anträge bis zur Entscheidung über die Musterverfahren ruhend stellen wird.

Rheinland-Pfalz

Junge Lehrkräfte unbefristet einstellen

„Die Situation für junge Lehrkräfte, einen sicheren und unbefristeten Arbeitsplatz an einer Schule in Rheinland-Pfalz zu erhalten, hat sich in den vergangenen sechs Monaten kaum verbessert.“, so die Bilanz des GEW-Landesvorsitzenden Klaus-Peter Hammer für die erste Hälfte des Schuljahres 2013/2014. Nach wie vor seien zu viele Lehrerinnen und Lehrer mit befristeten Vertretungsverträgen beschäftigt und Schulen nicht in dem notwendigen Umfang mit unbefristeten Planstellen ausgestattet. Da Schulbehörden fürchteten, die befristet Beschäftigten irgendwann fest anstellen zu müssen, würden die befristeten Kettenverträge oftmals nach einer Weile nicht mehr erneuert und die Betroffenen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Die GEW fordert daher seit langem

ein Umdenken in der Politik. Es müsse eine Vollversorgung mit unbefristeten Stellen nebst einer Vertretungsreserve gewährleistet werden. Zudem sei es nicht länger haltbar, dass Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen trotz gleicher Arbeit unterschiedlich bezahlt werden, weil sie für unterschiedliche Lehrämter ausgebildet wurden. Die GEW hat die Landesregierung mehrfach aufgefordert, diesen Lehrkräften – so wie im Saarland oder in Baden-Württemberg – eine Ausgleichszulage zu zahlen.

Saarland

„Zukunftssichere Landesverwaltung“: Beschlüsse in Sicht

Im Januar haben die Landesregierung, der DGB sowie die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes weitere Aspekte des Arbeitsprogramms „Zukunftssichere Landesverwaltung“ verhandelt. Ziel des Programms ist es, die Folgen, die die Einhaltung der Schuldenbremse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und damit für die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung mit sich bringt, zu gestalten. Auch wenn bezüglich der erarbeiteten Kompromissmodelle noch keine endgültigen Beschlüsse gefasst werden konnten, zeigen sich DGB, GdP und GEW optimistisch. Lösungen gäbe es bereits bei Zulagen für die Polizei sowie bei der Lebensarbeitszeitgrenze für Schichtdienstleistende bei Polizei, Feuerwehr

und Justizvollzugsdienst. Alle Ergebnisse müssen aber gegenüber den anderen Bundesländern und vor allem gegenüber dem Stabilitätsrat darstellbar sein. Dafür äußerte der GdP-Landesvorsitzende Reinhold Schmitt Verständnis: „Wir akzeptieren den aktuell bestehenden Bedarf zur Feinjustierung, denn aus unserer Sicht bleibt alles im „grünen Bereich“. Bearbeitet werden müssen noch die Regelungen für Teilzeitbeschäftigte und für die stufenweise Umsetzung der Pension mit 67 bei Lehrerinnen und Lehrern. Das komplette Maßnahmenpaket zur Realisierung der Pension mit 67, inklusive der besonderen Altersgrenze von 62 für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzugsdienst, soll jedoch in wenigen Wochen zu einem Gesetzentwurf führen.“

Sachsen

Polizeireform versus Verkehrssicherheit

Angesichts aktueller Entwicklungen bei den Verkehrskontrollen durch die Polizei, zieht der GdP-Landesvorsitzende Hagen Husgen eine kritische Bilanz der sächsischen Polizeireform. Demnach verringerten sich beispielsweise die Einsatzstunden bei den Geschwindigkeitskontrollen gegenüber 2009 um 31 Prozent. Damit zeigten sich erste Auswirkungen der Reform im Bereich der Verkehrssicherheit, denn die Präsenz der Polizei auf den Straßen nähme immer mehr ab. Ziel der seit Januar 2013 umge-



Foto: Eduard Friege

setzten Reform „Polizei.Sachsen.2020“ ist unter anderem der Abbau von 2.700 Stellen bis zum Jahr 2020. Die Landesregierung begründet die Reduzierung mit der sinkenden Bevölkerungszahl und der finanziellen Entwicklung. Die Anzahl der Streifenbeamten, der Bürgerpolizisten und der Einsatzzüge der Bereitschaftspolizei solle eigentlich nicht verringert werden. Die Stellenstreichungen sollen sich angeblich vor allem bei der Verwaltung auswirken. Mit Blick auf den Verkehrsbereich mahnte Husgen aber: „Der hier bereits eingesetzte Abbau hat katastrophale Auswirkungen“.

Sachsen-Anhalt

GdP kritisiert Kostendämpfungspauschale

Nach monatelanger Spardebatte hat der Landtag das Haushaltsgesetz 2014 und das Haushaltsbegleitgesetz verabschiedet. Vehement

hatte die GdP gegen die Einführung einer Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht protestiert, am Ende vergebens. Nun kommen auf die Beihilfeberechtigten jährlich folgende Kürzungen zu: in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 9 80 Euro, in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 11 140 Euro, in den Besoldungsgruppen A 12 bis A 15 200 Euro, sowie 320 Euro und mehr ab Besoldungsgruppe A 16. Der GdP-Landesbezirk ließ verkünden, er prüfe derzeit, ob rechtliche Schritte gegen die Kostendämpfungspauschale unternommen werden können.

Schleswig-Holstein

Gewerkschaften hinterfragen Haushaltsüberschuss 2013

Schleswig-Holstein schließt seinen Landeshaushalt 2013 mit einem Überschuss von 115 Millionen Euro ab und erzielt damit das erste

Haushaltsplus seit 50 Jahren. In den von Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) freudig vorgelegten Zahlen sehen DGB und ver.di allerdings ein Ergebnis, das zu Lasten der Landesbeschäftigten erzielt worden ist. „Ministerin Heinold sollte aufhören, Lehrkräfte, Feuerwehrleute, Polizisten, Verwaltungsbeschäftigten, Beamtinnen und Beamten als Kostenfaktor und Kürzungspotential zu betrachten.“, kommentierte Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB Nord, die Nachricht. Und Jochen Penke, Fachbereichsleiter ver.di Nord für den Bereich der Landesbeschäftigten, weist darauf hin, dass 40 Millionen Euro allein durch eine zeitliche Verschiebung der Tarifierung

40 Millionen Euro allein durch zeitliche Verschiebung der Tarifierung.

DGB Das RentenPlus:
Spezialtarif mit
40% Rabatt

DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

► 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente:

- Attraktive Ertragschancen bei 100 % Garantie
Ihre Einzahlung und staatliche Zulagen sind zu Beginn der Auszahlphase garantiert.
Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- Staatliche Förderung¹⁾
- 200,- Euro einmaliger Bonus für Berufseinsteiger bis 25 Jahre

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21 /141-0 oder www.bbbank.de) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main (Telefon 069/5 89 98-60 60 oder www.union-investment.de) erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf der Fonds. Stand: 03.07.2013

Jetzt informieren:

www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



August 2012²⁾



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

¹⁾ Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach §10a EStG (pro Jahr 2.100,- Euro)
²⁾ Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe“ von Riester-Produkten“, Institut für Versorgung und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012

AUS DEN LÄNDERN

passung erzielt worden seien. „Das Land an strategischen Stellen kaputt zu sparen, indem Stellen nicht nachbesetzt, Beamtinnen und Beamte von der Einkommensentwicklung abgehängt und staatliche Aufgaben auf Grund fehlender Stellen vernachlässigt werden, ist eine Ausrichtung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.“, so Penke weiter. DGB und ver.di fordern, die freien Mittel zur Nachwuchskräfteförderung zu nutzen, unzumutbare Arbeitsverdichtungen zurück zu nehmen und den Stellenabbau zu beenden.



Foto: Eduard Fiegl

Thüringen

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Der DGB Kreisverband im Ilm-Kreis ist Mitwirkender und Unterstützer des Initiativkreises zum Bürgerbegehren „Abfallwirtschaft in kommunale Hand“. Das Begehren wendet sich gegen die drohende europaweite Ausschreibung

der Entsorgungsdienstleistungen des Kreises. Viele Bürgerinnen und Bürger im Ilm-Kreis unterstützen die Forderung, die Abfallwirtschaft in kommunaler Hand zu belassen und nicht einem – unter Umständen nicht in der Region ansässigen – Privatunternehmen zu übergeben und machen durch ihre Unterschrift eigenen Bürgerentscheid möglich. Der DGB betont

angesichts dieses Beispiels, dass alle Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge, seien es Wasser, Energie, Bildung, Gesundheitsvorsorge oder eben die Abfallentsorgung nicht dem freien Spiel der Marktkräfte unterliegen sollten. Der Staat dürfe das Muster, nach dem Gewinne privatisiert und Risiken verstaatlicht werden, nicht unterstützen.

Internetanzeigen im Bannerformat Online. der schnelle Weg zum Ziel

Sie wollen sich hier präsentieren?

Ihre Banner-Anzeige präsentieren wir im Beamten-Magazin und im Internet unter www.beamten-magazin.de. Für den Komplettpreis von 60 Euro (zzgl. MwSt.) erreichen Sie 34.000 Leser und monatlich 50.000 Besucher. Anzeigenbuchung unter www.beamten-magazin.de/anzeigenmarketing.



**Darlehen gibt es auch für
Tarifkräfte**
www.beamtenkredite-online.de



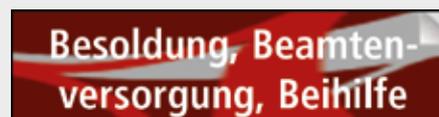
**Mit einer Stellenbörse für
Ausbildungsplätze**
www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de



Termine und Anmeldungen unter
www.die-oeffentliche-verwaltung.de



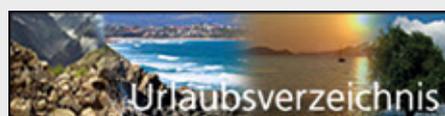
**Nur 10 Euro im Jahr: OnlineBücher
des DBW**
www.dbw-online.de/onlineservice



Der PDF-SERVICE für 15 Euro im Jahr
www.beamten-informationen.de/pdf_service



**Die beste Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst**
www.der-oeffentliche-sektor.de



Urlaubsverzeichnis
www.urlaubsverzeichnis-online.de



DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil
www.dbw-online.de



Foto: istockphoto.de/ajzek

GEW-Aufruf an die Länder:
**Vorsorge für Lehrkräfte-
 nachwuchs treffen**

Noch nie sind so viele Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst ausgeschieden wie 2012. Rund 24.400 verbeamtete Lehrkräfte wurden in den Ruhestand versetzt, wie das Statistische Bundesamt berichtet. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993. Allein im Vergleich zu 2011 erhöhte sich die Zahl um 17 Prozent. Die GEW mahnt nun die Länder, ausreichend Vorsorge zu treffen, um eine gute Lehrkräfteversorgung auch während der Pensionierungswelle sicher zu stellen.

„Bisher sind die Länder ihrer Pflicht nicht zufriedenstellend nachgekommen. Es gibt eine gravierende Fehlsteuerung: In den kommenden Jahren werden viel zu viele Lehrkräfte für Gymnasien ausgebildet. An anderen Schularten wird es dagegen eng, in der Sekundarstufe I herrscht schon jetzt vielerorts Lehrerknappheit. Hier müssen die Länder den Hebel umlegen. Dafür sind eine einheitlich gute Bezahlung sowie eine gute und gleichwertige Ausbildung für alle notwendig“, so die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe mit Blick auf die Veröffentlichung der Pensionierungszahlen von Lehrkräften.

Die GEW betont, das alte Prinzip der Lehrerausbildung und -bezahlung nach dem Motto „kleine Kinder – kleines Gehalt, große Kinder – großes Gehalt“ habe ausgedient. Es setze falsche Anreize und sei Ursache der Fehlsteuerung. Für eine gute Umsetzung von Inklusion und Ganztags, bei der Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte gerne mitziehen, reiche es nicht, die Zahl der in Pension oder Rente gehenden Lehrkräfte auszugleichen. Es müssten zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie Fachkräfte aus anderen Professionen eingestellt werden. Zugleich unterstreicht die Gewerkschaft, dass die Pensionie-

rungswelle nicht überraschend komme, sondern seit Jahren bekannt sei. Jetzt das große Wehklagen über angeblich hohe Pensionskosten anzustimmen, sei verlogen. Die Länder hätten viele Jahre Zeit gehabt, Pensionsfonds anzulegen, um finanziell gewappnet zu sein. Zudem sei die Steigerung des Wohlstands in der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich eine Folge der Bildungsexpansion, die in den 1970er Jahren startete. Für diese gesellschaftlich gewollte und richtige „Investition in die Köpfe“ hätten die Länder viele zusätzliche Lehrkräfte gebraucht. Diese gingen jetzt nach 40 Arbeitsjahren in den Ruhestand. Tepe macht klar: „Die Lehrerinnen und Lehrer haben ein Recht darauf, die ihnen zugesagte Versorgung zu erhalten. Dass die Arbeitgeber wider besseres Wissen finanziell nicht ausreichend vorgesorgt haben, kann man nun wahrlich nicht den Beamtinnen und Beamten anlasten.“ Die GEW erinnert zudem daran, dass neben den Pensionierungen noch eine große Zahl angestellter Lehrkräfte die Schulen verließen. In den östlichen Bundesländern stehe die große Welle der Abgänge aus dem Schuldienst noch ganz am Anfang.

Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



www.augustinum.de

Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



www.fachklinikum-borkum.de

Chronische Haut- und Atemwegserkrankungen

Ganzheitliches Therapiekonzept bei Atemwegserkrankungen und Allergien unter Einbeziehung des Ostseereizklimas.



www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de

Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



www.privatklinik-eberl.de

Im Urlaub zum Wunschgewicht

Mit unserem Ernährungs- und Bewegungsprogramm schaffen Sie das. Intensiver Einstieg in eine schlanke Zukunft.



www.abnehmen-undmeer.de

Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

Beamten Darlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

Jetzt Angebot anfordern:

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
 Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg
 Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457
 MBoeD@nuernberger.de

INFO-SERVICE
 Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE
 1. Industriestr. 1–3
 68804 Altlußheim

Teilzeitbeschäftigung

Was es zu beachten gilt

Die häufigste Ursache für eine Teilzeitbeschäftigung ist die Erziehung eines Kindes. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde zuletzt über Vorschläge zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes diskutiert, mit denen Eltern nach einer Teilzeitbeschäftigung ein Rückkehrrecht in ein Vollzeitarbeitsverhältnis ermöglicht werden soll. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte nimmt das zum Anlass, Detailfragen der Teilzeitbeschäftigung im Beamtenverhältnis zu klären.



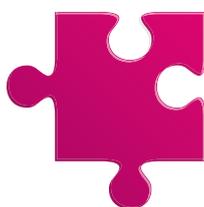
Die Antragstellung

Die Antragsteller müssen sich verpflichten, während des Bewilligungszeitraums außerhalb des Beamtenverhältnisses berufliche Verpflichtungen nur in dem Umfang einzugehen, der Vollzeitbeschäftigten hinsichtlich der Ausübung von Nebentätigkeiten gestattet ist. Der Antrag muss zudem eine Angabe zur geplanten Dauer der Teilzeitbeschäftigung enthalten. Um sich nicht unnötig auf einen unüberschaubaren Zeitraum festzulegen, sollte der Antrag gegenüber der Dienststelle immer jeweils nur für ein Jahr gestellt werden. Bei der familienbedingten Teilzeit ist außerdem zu beachten, dass bei einer Beschäftigung mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit in Kumulation mit Urlaub ohne Besoldung eine Dauer von 15 Jahren nicht überschritten werden darf.

Rechtsgrundlage

Das Bundesbeamtengesetz sieht generell eine voraussetzungslose Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit vor. Es handelt sich hierbei um eine sogenannte Kann-Regelung. Stehen nach Ansicht der Dienstbehörde dienstliche Belange einer Teilzeitbeschäftigung entgegen, kann der Antrag der Beamtin bzw. des Beamten abgelehnt werden.

Von der voraussetzungslosen Teilzeit ist die familienbedingte Teilzeit zu unterscheiden. Einen Antrag auf Teilzeitbeschäftigung muss der Dienstherr in diesen Fällen bewilligen, wenn die betreffende Person ein Kind unter 18 Jahren betreut oder einen Angehörigen pflegt und zwingende dienstliche Belange nicht dagegen sprechen. Diese Form der Teilzeit sieht auch eine unterhäftige Arbeitszeit vor. Hinzu kommt die Möglichkeit der Altersteilzeit, die von Dienstherr zu Dienstherr äußerst unterschiedlich ausgestaltet ist und einer gesonderten Darstellung bedarf.



Soziale Absicherung

Eine Reduzierung der Arbeitszeit vermindert den erreichbaren Versorgungssatz, da Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung nur zu dem Teil ruhegehaltfähig sind, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht. Auch auf den Beihilfeanspruch kann sich eine Teilzeitbeschäftigung auswirken. So entfällt beispielsweise in Nordrhein-Westfalen der Beihilfeanspruch bei unterhäftiger Teilzeit.



Beendigung der Teilzeit

Die zuständige Dienstbehörde kann die Dauer der Teilzeitbeschäftigung nachträglich beschränken oder den Umfang der zu leistenden Arbeitszeit erhöhen, soweit zwingende dienstliche Belange dies erfordern. Sie soll eine Änderung des Umfangs der Teilzeitbeschäftigung oder den Übergang zur Vollzeitbeschäftigung zulassen, wenn der Beamtin oder dem Beamten die Teilzeitbeschäftigung im bisherigen Umfang nicht mehr zugemutet werden kann und dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Teilzeitbeschäftigte mit Familienaufgaben, die eine Vollzeitbeschäftigung beantragen, müssen bei der Besetzung von Vollzeitstellen unter Beachtung des Leistungsprinzips und der Regelungen des Bundesgleichstellungsgesetzes vorrangig berücksichtigt werden.



Veranstaltung

ver.di-Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst

Unter dem Motto „Gesellschaft gestalten – der Beitrag des öffentlichen Dienstes“ laden die Hans-Böckler-Stiftung und ver.di am 6. und 7. Mai 2014 zum Potsdamer Forum an den Templiner See. Die Veranstaltung richtet sich an Führungskräfte in Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts und an Personalräte. Auf dem diesjährigen Forum steht die Bedeu-

tung des öffentlichen Dienstes für eine stabile gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung im Zentrum der Vorträge und Workshops. Die These: Soll der öffentliche Dienst weiterhin leistungsfähig bleiben, muss sich manches ändern. Dabei geht es vor allem um die Bereitstellung ausreichender personeller und organisatorischer Ressourcen sowie um die Finanzierungsgrundlagen öffentlicher Aufgaben. In insgesamt neun Workshops stehen die Themen Verwaltungsmodernisierung, Haushaltsbudgetierung und Personalmanagement im Mittelpunkt. Darüber diskutieren Referentin-

nen und Referenten aus Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung sowie Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft. Für den Auftakt der Tagung ist Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière mit einem Vortrag zu den bestimmenden Faktoren für einen starken öffentlichen Dienst angekündigt. Die Tagungspauschale beträgt für ver.di-Mitglieder 240,00 Euro (exkl. MwSt.) und 290,00 Euro (exkl. MwSt.) für Nichtmitglieder.

Informationsangebot

DGB-Newsletter für den öffentlichen Dienst

Aktuelle Themen des öffentlichen Dienstes wie die bevorstehende Tarifrunde 2014 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen und Positionen des DGB zu beamtenpolitischen Fragen, zum Beispiel die Übertragung der Rente mit 63, sind Inhalt des elektronischen DGB-Newsletters „Beamte und öffentlicher Dienst“. Dieser kann über die Homepage des DGB unter der Rubrik Service – Newsletterarchiv abonniert werden. Er erscheint anlassbezogen.



Zahlen, Daten, Fakten

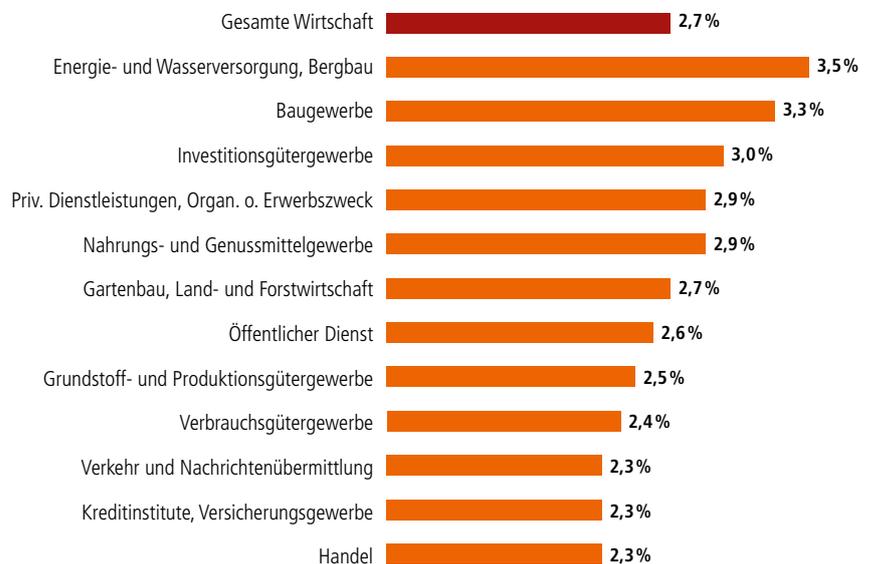
Tarifjahr 2013:

Realer Zuwachs bei Löhnen und Gehältern

Die Tariflöhne sind im vergangenen Jahr um durchschnittlich 2,7 Prozent gestiegen. Damit blieben die DGB-Gewerkschaften mit ihren Abschlüssen für mehr als 13 Millionen Beschäftigte deutlich über der Inflationsrate von 1,5 Prozent. Daraus ergibt sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein preisbereinigtes Wachstum der Tariflöhne und -gehälter um 1,2 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt das WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung in seiner Jahresbilanz. Laut WSI gab es langwierige, zum Teil sehr konfliktreiche aber auch erfolgreiche Tarifauseinandersetzungen in Niedriglohnbranchen, so zum Beispiel im Bewachungsgewerbe, im Friseurhandwerk, in der Leiharbeit und auch im Einzelhandel.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

So stiegen die Tarife 2013 in den einzelnen Branchen



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.



Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitsschutz speziell für Beamte
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar
- ✓ Ihr persönlicher Vorsorge-Check online

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



Jetzt Vorsorge-Check machen



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil



RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.



OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

Bestellung

per E-Mail: info@dbw-online.de
 per Telefon: 0211 7300335
 per Telefax: 0211 7300275
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.dbw-online.de

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge
für Beamte

Günstige Beiträge – auch
für Beamtenanwärter –

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: 4 Monatsbeiträge Rückerstattung – bereits ab dem 1. leistungsfreien Kalenderjahr
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gern:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221

DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS • 2014



Der Personalrat  HUK-COBURG



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig